



HESSISCHER LANDTAG

08. 12. 2021

SIA

Antrag

Fraktion der SPD, Fraktion der Freien Demokraten

Corona wirksam bekämpfen: Landesregierung muss verfügbare Maßnahmen endlich ausschöpfen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass sich die Corona-Epidemie in Deutschland und Hessen erneut zugespitzt hat und aufgrund der hohen Infektionszahlen die gesundheitlichen Risiken und Gefahren, insbesondere für ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Menschen, erheblich sind. Die Beschäftigten im Gesundheitssektor, vor allem Pflegerinnen und Pfleger sowie Ärztinnen und Ärzte auf den Intensivstationen und die Pflegerinnen und Pfleger in der Altenpflege, sind an ihrer Belastungsgrenze.
2. Der Landtag begrüßt die Beendigung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite mit Ablauf des 25. Novembers und die Verabschiedung eines effektiven Maßnahmenkatalogs für die Länder durch Bundestag und Bundesrat. Der Landtag befürwortet ausdrücklich die damit verbundene Reparlamentarisierung und die Rückkehr zu einem geordneten Verfahren, innerhalb dessen über die Bekämpfung und den Umgang mit der Corona-Pandemie im Parlament diskutiert und entschieden wird.
3. Landtag und Landesregierung müssen alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um der Epidemie entgegenzuwirken und insbesondere die Verbreitung der „Omikron-Variante“ in Hessen zu unterbinden. Voraussetzung dafür sind evidenzbasierte Maßnahmen und Entscheidungen. Deshalb ist es notwendig, die Datenlage zu verbreitern und schnell alle notwendigen Informationen zusammenzuführen. Nur so kann das Infektionsgeschehen in allen Bereichen richtig bewertet werden. Das betrifft insbesondere die Erfassung von Infektionsketten, die Lokalisierung besonders infektionsfördernder Umstände und Situationen und die Erfassung und regionalisierte Darstellung der Inzidenz nach Impfstatus. Besonders problematisch ist, dass die Ermittlung der Krankenhaus-Inzidenz (Hospitalisierungsrate) durch Meldeverzug offenkundig nicht die tatsächliche Belastung in den Krankenhäusern abbildet, obwohl sie eine der maßgeblichen Steuerungsgrößen ist und die Überschreitung bestimmter Grenzwerte zu bedeutsamen Einschränkungen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens führt. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, diesem Missstand entgegen zu wirken und die an die Hospitalisierungsinzidenz gekoppelte Bremse anzupassen, damit diese nicht zu spät greift.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alle notwendigen und verfügbaren Maßnahmen zu ergreifen, um die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger auf den Intensivstationen sicherzustellen. Von entscheidender Bedeutung ist dabei auch, die Intensivkapazitäten zu erhöhen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf, die bedarfsgerechte Versorgung aller hessischen Landkreise und kreisfreien Städte mit Corona-Impfstoffen sicherzustellen. Die freie Wahl des Impfstoffs sollte dabei gewährleistet sein. Die Versorgung von niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern mit Impfstoffen muss schnellstmöglich dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden.

Um die notwendige Impfkampagne (Booster-Impfungen und Erhöhung der Erstimpfungen) voranzubringen, müssen mehr regionale Impfstellen errichtet werden. Wichtig ist zudem, durch niedrigschwellige sowie zielgerichtete Angebote auch die Zahl der Erstimpfungen zu erhöhen. Erfahrungen aus anderen Bundesländern mit besonders hoher Impfquote (z.B. Bremen und Nordrhein-Westfalen) können hierbei hilfreich sein.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. Dezember 2021

Für die Fraktion
der SPD
Die Parlamentarische Geschäftsführer:
Günter Rudolph

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock